

Thomas Hüttinger

Deutschlands Bruderkrieg 1866



Inhalt

Vorwort

Der deutsche Bund

Vorgeschichte

Die Bündnisse

Chronik der Ereignisse

Was heute noch daran erinnert

Resultate des Krieges

Krieg und Politik

Die Lage der Zivilbevölkerung

Die Lage der Soldaten

Die Kriegsführung

Stand der Medizin

Die Rolle der Presse

Die Welt des Jahres ´66

Was wäre geschehen, wenn...

Biographien der Hauptpersonen

Die beteiligten Armeen

Begrifserklärung

Dokumente in originalem Wortlaut

Literaturverzeichnis

Vorwort

Hätte es 1866 schon die Wahl zum Wort des Jahres gegeben, es wäre wohl das „Zündnadelgewehr“ gewesen, das seinerzeit nicht nur in Deutschland in aller Munde war, gefolgt von „Bruderkrieg“, „Annexion“, „Mainlinie“.

Der Krieg des Sommers 1866 trägt verschiedene Namen: Deutscher Krieg, preußisch-deutscher Krieg, preußisch-österreichischer Krieg, deutsch-österreichischer Krieg, deutsch-deutscher Krieg, Einigungskrieg, Siebenwöchiger Krieg oder deutscher Bruderkrieg, damals auch Sezessionskrieg und im Ausland Deutscher Bürgerkrieg genannt. In der DDR wurden die Resultate als „Erste deutsche Teilung“ bezeichnet. Die Kämpfe auf dem südlichen Schauplatz nennt man auch den Dritten Italienischen Unabhängigkeitskrieg.

Es war ein Krieg den eigentlich nur ein einziger Mann führen wollte: Otto von Bismarck, die herausragende politische Persönlichkeit jener Zeit, der damit die Machtverhältnisse in Deutschland zugunsten Preußens zu verändern beabsichtigte.

Formell betrachtet war es eine militärische Auseinandersetzung des Deutschen Bundes unter der Führung der Präsidialmacht Österreich mit Preußen und dessen Verbündete um die Vorherrschaft in Deutschland.

Der Kampf um die Macht war auch ein Kampf der Reste des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation gegen den neuen deutschen Nationalstaat, Großdeutsch gegen Kleindeutsch, Regierung gegen Rebellen, Süd gegen Nord, Gulden gegen Thaler, Katholizismus gegen Protestantismus, Status Quo gegen Reform, Föderalismus gegen Zentralstaat.

So kurz der Krieg auch war, hatte er doch große Bedeutung für die Weltgeschichte, denn er stellte Weichen. Der Deutsche Bund, eine Schöpfung des Wiener Kongresses von 1815, der, obwohl oft angefeindet, immerhin für 50 Jahre den Frieden in Mitteleuropa bewahrte, erlosch. Statt seiner erwuchs die Großmacht Preußen und unter seiner Vorherrschaft der Norddeutsche Bund als Übergangsstadium zum Deutschen Reich. Die Weiche, die den Zug der deutschen Geschichte auf die verhängnisvolle Strecke über den 1. Weltkrieg bis hin zur Katastrophe des 2. Weltkriegs schickte, wurde im Sommer 1866 gestellt.

Österreich war fortan nicht mehr Teil Deutschlands, ebenso Liechtenstein und Luxemburg. Daher werden die Ergebnisse dieses Konfliktes auch als erste deutsche Teilung bezeichnet, der die zweite (1918) und die dritte (1945) unweigerlich folgen mußten.

Bedeutend waren auch die Auswirkungen auf Militärtechnik und Kriegführung, weshalb diese Auseinandersetzung auch als der erste „moderne“ Krieg bezeichnet wird. Das Hinterlader-Gewehr ersetzte nun endgültig die Vorderlader. Die dadurch schnellere Schußfolge der Infanterie machte Kavallerieattacken künftig wirkungslos. Die neuen gezogenen Geschütze ließen die glatten Rohre „alt“ aussehen. Eisenbahn und Telegraph ermöglichten Truppentransporte und Befehle aus der Ferne in nie gekannter Schnelligkeit. Das noch junge „Rote Kreuz“ bewährte sich erstmals.

Räumlich gab es einen Hauptkriegsschauplatz in Böhmen und zwei Nebenkriegsschauplätze in Südwestdeutschland und Norditalien. Allen Beteiligten war klar, daß die Entscheidung, die in Böhmen fällt die Ereignisse auf den Nebenschauplätzen überdecken wird. Mit der Schlacht bei Königgrätz war der gesamte Krieg entschieden.

Preußen übernahm damit von Österreich die politische Vormachtstellung unter den deutschen Ländern und gestaltete Deutschland nach eigenen Vorstellungen um.

Soweit man das von einem Krieg überhaupt sagen kann war es eine relativ humane Auseinandersetzung. Die Kämpfenden empfanden keinen Haß füreinander, es war eher ein Wettkampf zur Ermittlung eines Siegers bei dem sich die Kontrahenten danach die Hand reichten, „Kollateralschäden“ gab es kaum.

Dieses Buch widmet sich in erster Linie den Ereignissen auf dem Kriegsschauplatz des heutigen Deutschlands. Die Geschehnisse auf den anderen werden in verkürzter Form wiedergegeben.

Die Gestaltung im Stil einer Tageszeitung soll es dem Leser ermöglichen die Ereignisse wie ein Zeitgenosse chronologisch zu verfolgen.

Alle wörtlich zitierten Passagen wurden in der Schreibweise der damaligen Zeit belassen um die Authentizität zu wahren. Heute nicht mehr geläufige Begriffe werden in einem Glossar erklärt. Die Fotos der beteiligten Personen zeigen sie immer in dem Alter, das sie 1866 hatten.

Anekdoten und andere Anmerkungen außerhalb des Haupttextes sind durch Kursivschrift und einen schwarzen Begleitstrich gekennzeichnet.

Nicht nur in der Politik und auf dem Schlachtfeld wurden die Auseinandersetzungen ausgetragen; auch Dichter beteiligten sich. Hier ein antipreußisches Beispiel und die propreußische Antwort darauf:

Gedicht erschienen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung:

Westfälisches Sommerlied

Von Ferdinand Freilingrath (1810-1876, in London lebender revolutionärer Dichter)

Bei Wetterschein und Regenguß
Und in der Sonne Strahlen,
wie thust du freudig Schuß auf Schuß,
Du Saat im Land Westfalen!
Du Hellwegsroggen schlank und schwank,
Korn siebn Fuß und drüber lang,
Wie herrlich stehst und reifst du!
„Ich reif und wachse mit Gewalt,
es trieft das Jahr von Segen;
Vollauf, zu sätt'gen jung und alt,
Reif ich an allen Wegen.
Doch weißt du nicht , o Wandersmann,
Daß heuer nicht mich ernten kann,
Wer frohen Muths mich sä'te?
Hinaus durch meiner Ähren Rauch,
Hinaus in Reihn und Rotten,
Die Faust geballt, die Thrän im Aug,
Zog er von Kamp und Rotten;
Die Trommel rief ihn und das Horn:
Er soll des Deutschen Bruders Korn,
im Bruderkrieg zerstampfen.
Wer holt denn nun zum Erntetanz,
Die schmucken Dirnen heuer?
O weh! Wer schwingt den Erntekranz?
Wer pflanzt ihn auf die Scheuer?
Es ist ein Schnitter, der heißt Tod,
Der mäht dies Jahr mit Kraut und Loth-
Ich weiß wer ihn gedungen.
Es singt ein Vöglein auf der Haar,
Am Elbstrom und am Maine,
Da liegt, der hier ein Pflüger war,
erschlagen auf dem Raine.
Er war der Seinen Stolz und Lust,
Ein Bruder schoß ihn durch die Brust,
Ich rausche leis im Winde.“
Antwort eines unbekannten Autors, der

Deutschen Allgemeinen Zeitung in
Leipzig zugegangen:

Märkisches Erntelied

An Ferdinand Freilingrath

Horch, wie durchs Korn die Sense rauscht,
Geführt vom Arm, dem starken,
Den noch kein Krieg hat abgetauscht
Dem kräft'gen Land der Marken.
Und weißt du was der Roggen spricht,
Wenn er in Schwaden niederbricht?
Ich willes, Freund, dir sagen.
Er spricht: „Mich hat vorm Jahr gesä't,
Ein tief verdroß'ner Bauer,
Dem in dem Marke früh wie spät
Genagt des Volkes Trauer;
Der ob dem vielzertreten Recht
War irr geworden am Gechlecht
Des Deutschen Vaterlandes.
Doch heut wenn er die Sense schwingt,
Da leuchten seine Blicke –
Hoch über ihm die Lerche singt
Vom Wandel der Geschicke.
„So“ ruft er, „wie der Roggen fällt,
Ward von dem deutschen Schwert zerspällt,
Der Feind der Deutschen Einheit!
„Und ob er sich mein Bruder nennt,
Ihn schone nicht die Sense.
Wir sind Ein Volk – die Nadel trennt
Die Kunstnaht bunter Grenze.
Wir schlagen uns zum Tode wund,
Daß unser Blut zum festen Bund
Sei Kitt für alle Zeiten!“
„Und wer jetzt auf dem Raine liegt,
Bereit, als Mann zu sterben,

Dem rausch ich leis: „Du hast gesiegt,
Dich segnen Tausend Erben!
Du bleibst der Deinen Stolz und Lust
Fahr freudig hin und sei bewusst,
Dir ward ein ew'ges Leben!“

This historical map illustrates the German Empire at its peak in 1918. The map uses color-coding to distinguish between different types of territories: Kingdoms (Kgr.), Grand Duchies (Ghzm.), Free States (Fsm.), and Imperial Territories (Kaisertum). Major cities are marked with dots, and the map includes a legend for the symbols used. The map also shows the surrounding countries and bodies of water, providing a comprehensive view of the empire's geographical context.

Legend (LEGENDE):

- Grenze des Deutschen Bundes
- - - heutige Grenzen der deutschen Bundesländer
- Fsm. Fürstentum
- Ghzm. Großherzogtum
- Hs. Hansestadt
- Hzm. Herzogtum
- Kfsm. Kurfürstentum
- Kgr. Königreich

Scale: 1:6 000 000
100 km

S.L. = Fürstentum Schaumburg-Lippe
S.R. = Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt
S.S. = Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen
S.W.E. = Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach

Der Deutsche Bund

Gegründet wurde der Staaatenbund am 8. Juni 1815 auf dem Wiener Kongress nach der Niederwerfung Napoleons als Nachfolger des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Er war ein Zusammenschluss von 34 Fürsten und 4 freien Reichsstädten, die ihre volle Souveränität behielten. Ein Oberhaupt wie früher den Kaiser gab es nicht. Zu den Bundesfürsten gehören auch der König von

Großbritannien als König von Hannover (bis 1837), der König von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg (bis 1864) und der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg (bis 1866). Die Anzahl der Mitglieder sank durch Vereinigungen infolge von Kauf oder Erbgang bis 1866 auf 35 Staaten. Die Staatsgebiete der Mitgliedsländer gehörten aber nicht unbedingt auch vollständig zum Bereich des Deutschen Bundes; bei Preußen war es Ost-, Westpreußen, Posen und Neuenburg, bei Österreich die polnischen, ungarischen und italienischen Gebietsteile die außerhalb standen. Für diese Territorien galten die Bundesbeschlüsse nicht, und es gab auch keine militärische Beistandspflicht für den Fall eines Angriffes Dritter auf diese Gebiete.



Auf dem Wiener Kongreß wurde viele Grenzen neu gezogen

Die Grundlage dieses Zusammenschlusses war die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815, ein Teil der Wiener Kongressakte. Die Mitglieder versprachen sich darin Beistand gegen Angriffe von außen und garantierten den Besitzstand jeden Landes. Den Ländern des Bundes war es verboten Krieg untereinander zu führen, sie waren verpflichtet, ihre Streitigkeiten vor die Bundesversammlung zu bringen und sich deren Richterspruch zu unterwerfen.

Jeder Bundesstaat sollte sich eine Verfassung geben, dies geschah aber in den folgenden Jahren nur in wenigen Mittel- und Kleinstaaten, wie Sachsen, Weimar, Baden, Bayern, Württemberg, vor allem nicht in Österreich und Preußen.

Bis zur Märzrevolution von 1848 - und auch danach wieder - war der Bundestag hauptsächlich ein Instrument der deutschen Fürsten zur Aufrechterhaltung der alten monarchischen Ordnung und zur Unterdrückung der aufkommenden nationalen und liberalen Bestrebungen. Anstelle von Pressefreiheit, wie in der Bundesakte verankert, wurden Zensurbestimmungen erlassen. Forderungen aus dem Volk nach einer Weiterentwicklung vom Staatenbund zum Bundesstaat und einer Bundesregierung wurden von den Regierungen der

Einzelstaaten stets abgelehnt. Erst unter dem Eindruck der Volkserhebungen im Zuge der Märzrevolution 1848 sahen sich die Fürsten zu Konzessionen gezwungen. Der Bundestag musste seine Befugnisse auf die in der Frankfurter Paulskirche tagende Nationalversammlung, dem ersten demokratisch gewählten Parlament in Deutschland, übertragen. Da aber sowohl Österreich als auch Preußen die neue Verfassung ablehnten und Preußens König Friedrich Wilhelms sich weigerte die ihm von der Nationalversammlung angebotene Deutsche Kaiserkrone anzunehmen, war der Versuch, einen konstitutionellen Nationalstaat zu errichten, und damit die Revolution von 1848, gescheitert. 1849 wurde der Deutsche Bund wieder ins Leben gerufen und bestand fort bis zu seiner endgültigen Auflösung 1866.



Die Germania in der Frankfurter Paulskirche mit dem Wappen des Deutschen Bundes auf der Brust

Die vielen Grenzen innerhalb Deutschlands, die der politische Bund nicht beseitigte behinderten den im Zuge der industriellen Revolution eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwung. Initiiert von Preußen schlossen sich daher zwischen 1828 und 1842 fast alle deutschen Staaten zum Zollverein zusammen und verzichteten im grenzüberschreitenden Handel auf alle Zölle. Nicht dabei waren nur Hannover, Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte, die einer eigenen Zollvereinigung angehörten. In Preußen wollte man Österreich von Anfang an nicht dabeihaben.

Das Gebiet des Deutschen Bundes umfasste 1839 rund 630.100 km² mit etwa 29,2 Millionen Einwohnern.

Die Mitglieder des Deutschen Bundes:

Kaiserreich Österreich (ohne Galizien, Ungarn, Kroatien, Dalmatien und das Lombardo-Venezische Königreich) (Seit 1818 gehörte auch der westlichste Teil Galiziens (Auschwitz, Saybusch, Zator) zum Deutschen Bund)

Königreich Preußen (ohne Provinz Posen, Ostpreußen und Westpreußen) (Von 1848 - 1851 waren die preußische Provinz Ost- und Westpreußen und der westliche und nördliche Teil der Provinz Posen Bestandteil des Bundes)

Königreich Bayern

Königreich Sachsen

Königreich Hannover (bis 1837 in Personalunion mit Großbritannien)

Königreich Württemberg

Kurfürstentum Hessen-Kassel

Großherzogtum Baden

Großherzogtum Hessen-Darmstadt

Großherzogtum Luxemburg (in Personalunion mit den Niederlanden) (Der westliche Teil Luxemburgs schied 1839 nach der Vereinigung mit Belgien aus dem Bunde aus. Dafür kam das niederländische Herzogtum Limburg zum Bund)

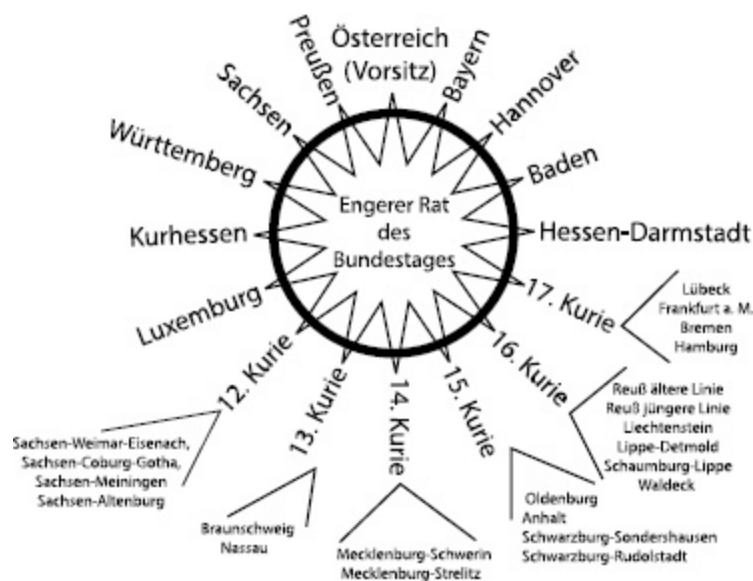
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin

Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz
Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach
Großherzogtum Oldenburg
Herzogtum Holstein und Lauenburg (bis 1864 in
Personalunion mit Dänemark) (ab 1864 Herzogtum
Schleswig-Holstein)
Herzogtum Nassau
Herzogtum Braunschweig
Herzogtum Sachsen-Gotha (kam 1825 durch Erbschaft zu
Sachsen-Coburg)
Herzogtum Sachsen-Coburg (ab 1826 Sachsen-Coburg-
Gotha)
Herzogtum Sachsen-Meiningen
Herzogtum Sachsen-Hildburghausen (ab 1826 Herzogtum
Sachsen-Altenburg)
Herzogtum Anhalt-Dessau (Name ab 1863 Herzogtum
Anhalt)
Herzogtum Anhalt-Köthen (1847 durch Erbe an Anhalt-
Dessau und Anhalt-Bernburg)
Herzogtum Anhalt-Bernburg (1863 durch Erbe an Anhalt-
Dessau)
Fürstentum Hohenzollern-Hechingen
Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen (1849 zu Preußen)
Fürstentum Liechtenstein
Fürstentum Lippe
Fürstentum Reuß ältere Linie
Fürstentum Reuß jüngere Linie
Fürstentum Schaumburg-Lippe
Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt
Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen
Fürstentum Waldeck
Freie Stadt Bremen
Freie Stadt Frankfurt am Main
Freie Stadt Hamburg
Freie Stadt Lübeck

Landgrafschaft Hessen-Homburg (ab 1817) (1866 zu Hessen-Darmstadt)

Herzogtum Limburg (ab 1839; in Personalunion mit den Niederlanden)

Sein Organ war der Bundestag (auch Bundesversammlung genannt) mit Sitz in Frankfurt am Main, ein ständig tagender Kongress von Gesandten der Mitgliedsstaaten, den Vorsitz führte der Vertreter Österreichs. Die Gesandten saßen in festgelegter Reihenfolge um einen runden Tisch.



Schema des engeren Rates des Bundestages

Im engeren Rat (der Regierung des Bundes) genügte zur Beschlußfassung die einfache Mehrheit. Beschlüsse mit besonderer Bedeutung wurden im Plenum gefasst und bedurften einer Zweidrittel-Mehrheit. Änderungen der Grundgesetze und Beschlüsse in Religionsangelegenheiten konnten nur einstimmig beschlossen werden.

Die Bundestagsbeschlüsse waren für die Mitgliedsstaaten bindend, die Ausführung war aber allein in deren Angelegenheit. Auch die Hoheit über Zoll-, Polizei- und Militärwesen verblieb bei den Einzelstaaten.

Im engeren Rat hatten die 11 Groß- und Mittelstaaten (Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Dänemark (für Holstein) und Niederlande (für Luxemburg) je eine Virilstimme, während die Kleinstaaten zu 6 Gruppen, den so genannten Kurien, zusammengefasst waren und je eine Kuriatstimme abgeben konnten:

12. Kurie: die Sächsischen Herzogtümer (Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Coburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Hildburghausen)

13. Kurie: Braunschweig und Nassau

14. Kurie: Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz

15. Kurie: Oldenburg und die anhaltischen und schwarzburgischen Häuser (Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt)

16. Kurie: die Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, beide Reuß (ältere und jüngere Linie), Liechtenstein, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Waldeck

17. Kurie: die vier Freien Städte (Lübeck, Frankfurt am Main, Bremen, Hamburg)

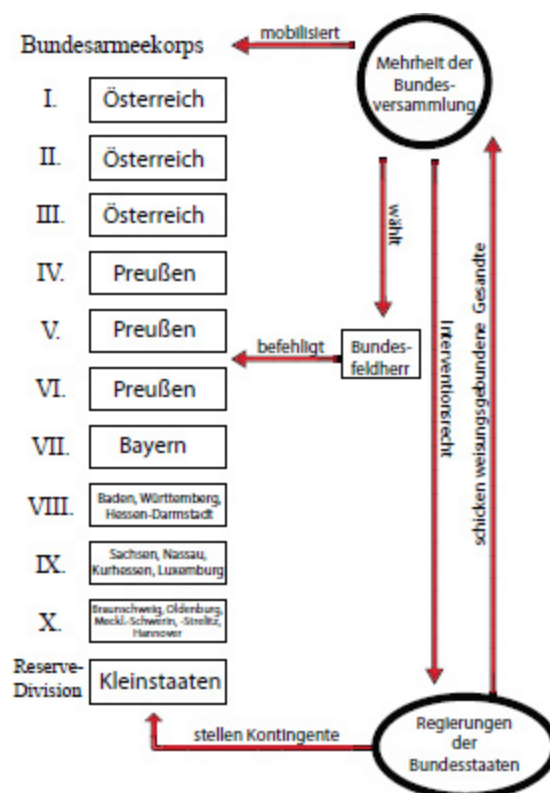
Vertreter der Kurien war jeweils ein Gesandte einer der darin zusammengefassten Staaten, dieser hatte die Aufgabe gemäß der Mehrheitsmeinung seiner Länder abzustimmen. Genau dieser Punkt wurde dann im Jahr 1866 mitentscheidend für den Kriegsausbruch.

Das Vorgehen gegen einen Mitgliedsstaat, der sich den Beschlüssen des Bundestags widersetzte war in der Exekutionsordnung geregelt. Exekutionsmaßnahmen mußten mehrheitlich beschlossen werden, die Ausführung wurde dann an einen oder mehrere Mitgliedsstaaten übertragen. Exekutionen wurden beschlossen gegen Braunschweig 1829, als der Herzog die Verfassung aufhob und 1834 gegen Frankfurt, das sich weigerte seine Truppen einem Befehlshaber des Bundes zu unterstellen. In beiden

Fällen gelangte die Exekution aber nicht zur Ausführung, da die Betroffenen vorher einlenkten. In der Abstimmung vom 14. Juni 1866 wurde die Bundesexekution gegen Preußen beschlossen, aber dieses Mal dachte die betroffene Regierung nicht ans Nachgeben.

Ein weiteres Mittel des Vorgehens gegen einen Mitgliedsstaat war die Bundesintervention. Bei revolutionären Umstürzen sollte die verfassungsmäßige Ordnung durch Bundeshilfe wiederhergestellt werden. Sie kam zur Anwendung 1830 in Luxemburg, 1833 in Frankfurt und 1850 in Kurhessen. In jedem Fall rückten die Armeen der beauftragten Bundesländer ein und stellten die alte Ordnung wieder her.

Militärische Organisation



Die Militärkommission bestand aus einem österreichischen, einem preußischen, einem bayrischen und drei

kleinstaatlichen Vertretern. Beschlüsse konnten nur einstimmig getroffen werden.

Jeder Mitgliedsstaat hatte im Kriegsfall 1% seiner Bevölkerung an Soldaten zu stellen. Dies ergab 1817 eine Gesamtstärke von 300 000 Mann; sehr wenig im Vergleich zu Rußland und Frankreich, aber man vertraute darauf, dass Österreich und Preußen stärkere Kräfte über das Bundeskontingent hinaus unterhielten. Das Bundesheer war eingeteilt in 10 Armeekorps, davon stellte das 1. bis 3. Österreich, das 4. bis 6. Preußen, das 7. Bayern, das 8. Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, das 9. Sachsen, Nassau, Kurhessen, Limburg, Luxemburg und die thüringischen Kleinstaaten und das 10. Korps Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Holstein und Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz sowie die Hansestädte. Ab 1830 gehörten die Kleinstaaten keinem Armeekorps mehr an, sondern bildeten eine Reserve-Division, die zur Besatzung der Bundesfestungen vorgesehen war.

Die Mobilisierung des Bundesheeres, ausschließlich für den Verteidigungsfall, erfolgte durch Stimmenmehrheit im engeren Rat, dann war gleichzeitig auch ein Bundesoberfeldherr zu wählen.

Außerdem wurden Bundesfestungen unterhalten, in Luxemburg, Mainz, Landau-Germersheim, Rastatt und Ulm. Ihre geographische Lage im Westen läßt erkennen, dass sie gegen ein französisches Eindringen gerichtet waren.

Was es nicht gab waren einheitliche Uniform, Bewaffnung und Organisation sowie gemeinsame Manöver. Das blieb jedem Mitglied selbst überlassen.

Vorgeschichte

Österreichisch-preußische Auseinandersetzungen gab es bereits zur Zeit Friedrichs des Großen und Maria Theresias. Der Gedanke an die Wiedergewinnung Schlesiens war in Österreich auch im 19. Jahrhundert noch lebendig. Die französische Revolution und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind Napoleon machten beide Länder zu Verbündeten. Die auf dem Wiener Kongreß abgeschlossene Heilige Allianz Russland-Preußen-Österreich sorgte jahrzehntelang für Frieden und Stabilität. Preußen akzeptierte Österreichs Vorrangstellung im Deutschen Bund, beide Großmächte arbeiteten bis 1848 gut zusammen. Schon Wilhelm von Humboldt erkannte, daß der Bund nur funktionieren könne, wenn die beiden Großmächte sich über alle ihre Schritte verständigen. Aber Preußen entwickelte sich schneller als das behäbige Österreich und mit der wirtschaftlichen Stärke wuchs auch das Selbstbewußtsein.

Die Umwälzungen im Revolutionsjahr 1848 brachten den Deutschen Bund praktisch zum Erlöschen. Die Debatten der Nationalversammlung 1848 um die neue Verfassung wurden bald dominiert von der Auseinandersetzung zwischen den Verfechtern der Großdeutschen Lösung, die auf der Einbeziehung der Habsburger Monarchie in den Staatenbund bestanden, und den Kleindeutschen, die einen Staatenbund ohne Österreich unter preußischer Führung anstrebten. Die Kleindeutschen obsiegten, da Österreich darauf bestand seine sämtlichen nichtdeutschen Nationalitäten mit in das neue Deutsche Reich einzubringen und die Nationalversammlung wählte den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zum „Kaiser der Deutschen“. Für die Österreicher bedeutete dies einen schweren Affront. Sie

zogen darauf hin alle ihre Abgeordneten aus der Frankfurter Nationalversammlung ab. Nach Friedrich Wilhelms Ablehnung der Kaiserkrone und dem Scheitern der Revolution insgesamt verschärfte sich der sogenannte „Dualismus“ zwischen den beiden deutschen Großmächten. Während Österreich noch mit dem ungarischen Aufstand beschäftigt war, versuchte Preußen, das seine Unruhen bereits niedergeschlagen hatte, die kleindeutsche Lösung in Form einer „Union deutscher Staaten“ - kurz „Erfurter Union“- doch noch zu verwirklichen. Aber wesentlich schneller als in Berlin gedacht hatte Österreich nach der Niederschlagung des Aufstandes seine volle Handlungsfreiheit wiedergewonnen und trachtete sogleich danach die vorrevolutionären Zustände und damit auch Österreichs Führungsrolle wiederherzustellen. Am 15. Mai 1849 proklamierte Preußens König die Grundzüge der geplanten Union: Verfassung, einheitliche Exekutive, freiheitliche Institutionen, gesichert durch eine gesetzgebende Volksvertretung. Österreich sollte nicht Mitglied sein, aber in einem besonderen Bündnisverhältnis stehen. Am 26. Mai schlossen Preußen, Sachsen und Hannover auf dieser Grundlage das Dreikönigsbündnis, dem bis September 21 weitere deutsche Staaten beitraten, 5 andere zeigten sich dazu geneigt. Nur Bayern und Württemberg weigerten sich entschieden, der preußischen Union beizutreten und wurden darin von Österreich unterstützt. Als der Verwaltungsrat der Union am 19. Oktober die Wahlen für das Volkshaus auf den 15. Januar 1850 ausschrieb und dann den künftigen Reichstag zum 20. März nach Erfurt berief, wogegen Österreich sofort protestierte, nahmen Sachsen und Hannover daran schon nicht mehr teil, weil ihre Voraussetzung der Vereinigung aller deutschen Staaten durch Bayerns und Württembergs Weigerung nicht erfüllt sei. Im Februar 1850 sagten sich Sachsen und Hannover ganz vom Dreikönigsbündnis los und schlossen mit Bayern und Württemberg das

Vierkönigsbündnis ab, in welchem ein neuer Verfassungsentwurf mit einer Volksvertretung von 300 durch die Kammern der Einzelstaaten zu wählenden Mitgliedern aufgestellt wurde. Österreich erklärte sich bereit, dem Bund beizutreten, wenn ihm der Eintritt mit dem ganzen Umfang seiner Staaten ermöglicht würde. Das Unionsparlament in Erfurt wurde trotzdem am 20. März 1850 wie geplant eröffnet, und der Verfassungsentwurf des Dreikönigsbündnisses mit Mehrheit angenommen.

Unter dem Druck Österreichs und Rußlands gingen mehrere deutsche Fürsten, die vorher Preußen unterstützt hatten, auf die Seite Österreichs über. Daraufhin vertagte die preußische Regierung, die es nicht wagte, gegen Zar Nikolaus I. aufzutreten, am 22. April 1850 das Erfurter Parlament, das danach nie wieder zusammentrat. Zum 10. Mai lud Österreich sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundes ein, ihre Gesandten nach Frankfurt zu schicken. Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, sowie Dänemark, die Niederlande und die beiden Hessen folgen dem Ruf unverzüglich. Im Laufe des Sommers wechselten dann immer mehr deutsche Staaten auf die österreichische Seite und nur noch wenige fehlten, als der Bundestag am 2. September 1850 seine Sitzungen unter dem Vorsitz Österreichs wieder eröffnete. Der erneuerte Bund konnte gleich seine Funktionalität erproben, denn in Hessen-Kassel hatte der Kurfürst versucht die Verfassung außer Kraft zu setzen und war daraufhin aus dem Land gejagt worden. Er floh nach Frankfurt und rief hier die Hilfe des Bundes an. Er erwirkte auch am 21. September einen ihm günstigen Bundesbeschluß. Am 25. Oktober beschloß der Bund die Intervention, und 1. November überschritt ein 10 000 Mann starkes österreichisch-bayrisches Exekutionsheer die kurhessische Grenze um das Land zu besetzen. Preußen, zu dessen Union Kurhessen nominell gehörte, wollte nicht untätig bleiben und ließ seine Truppen ebenfalls einrücken. Der russische Zar stellte sich auf die Seite Österreichs und

Preußens König Friedrich Wilhelm wurde schwankend. Derweil kam es in Kurhessen bei Bronnzell südlich Fulda am 8. November zwischen preußischen und Bundestruppen zu einem Schußwechsel, fünf österreichische Jäger wurden verwundet und das Pferd eines preußischen Trompeters, der „Schimmel von Bronnzell“, getötet. Aber da die Mobilmachung erhebliche Mängel im preußischen Heerwesen aufgedeckt hatte, wagte der König Friedrich Wilhelm keinen Krieg und zog die demütige Unterwerfung unter Österreichs Bedingungen vor, dies bedeutete im wesentlichen Anerkennung des Bundestags und Auflösung der Union, sowie Räumung von Kurhessen. Im Vertrag zu Olmütz (Olmützer Punktation) vom 29. November 1850 wurden diese Punkte fixiert. Die gesamtdeutsche Frage sollte durch eine Ministerialkonferenz in Dresden im Detail erörtert werden, es kam dort jedoch zu keiner Lösung. Berlin und Wien schlossen aber ein Bündnis indem sie sich gegenseitig Schutz bei einem Angriff von Außen zusicherten. Im Geheimen rangen sie weiter um die bessere Position in der deutschen Frage.



Zeitgenössische Karikatur zur Affäre von Bronzell

Ende November kehrte Kurfürst Friedrich Wilhelm nach Kassel zurück und regierte mit dem Segen des Bundestages nunmehr ohne die Einschränkungen einer Verfassung. Erst im Sommer 1851 ziehen die letzten „Straf-Bayern“ wieder ab. Preußen und die übrig gebliebenen Unionsstaaten beschickten wieder den Bundestag. Preußens Gesandter wurde Otto von Bismarck, von dem später noch viel die Rede sein wird. Während seiner Zeit am Bundestag gelangte er zu der Überzeugung, daß eine Reform des Bundes nur unter Ausschluß Österreichs möglich sei.

Im Mai 1850 stellte Österreich den Antrag, mit seinem Gesamtstaat in den Zollverein aufgenommen zu werden. Sämtliche Mittelstaaten, mit Ausnahme von Hannover, erklärten sich auf einer Konferenz in Darmstadt bereit, dies Verlangen bei der 1854 erforderlichen Erneuerung der Zollvereinsverträge zu unterstützen. Preußen lehnte ab und nach längern Verhandlungen gab Österreich sein Verlangen auf und schloß mit den Zollvereinsstaaten zumindest einen Handels- und Schifffahrtsvertrag.

Bayerns Ministerpräsident von der Pforden versuchte die Mittel- und Kleinstaaten zu einer dritten deutschen Macht zu vereinigen, die sogenannte Trias-Politik, um so der Dominanz der beiden deutschen Großmächte entgegenzuwirken. Er blieb damit aber erfolglos wie das Beispiel des Krim-Krieges 1854 – 1856 zeigte. Rußland und die Türkei, unterstützt von Großbritannien und Frankreich, stritten um die Donaufürstentümer Walachei und Moldau. Österreich nahm eine antirussische Haltung ein und wollte den gesamten Deutschen Bund gegen Rußland mobilisieren. Der Zar empfand dies als groben Undank angesichts seiner Hilfe in der Hessen-Krise drei Jahre zuvor. Preußens König Friedrich Wilhelm IV., unter dem Einfluss des Bundestagsgesandten Otto von Bismarck, hielt an der preußischen Neutralität fest. Bismarck gelingt es den österreichischen Mobilisierungsantrag gegen Rußland im Bundestag zu Fall zu bringen. Die Mittelstaaten versuchten Ende Mai 1854 auf den Bamberger Konferenzen auch Großmachtpolitik zu betreiben: sie verlangten in russischem Interesse, daß, wenn von Rußland die Räumung der Donaufürstentümer verlangt werde, die Westmächte auch das türkische Gebiet räumen müßten, und daß dem Deutschen Bund beim Friedensschluß eine Stimme eingeräumt werde. Der Krim-Krieg endete im September 1855 mit der Erstürmung der russischen Schwarzmeerfestung Sewastopol durch die Westmächte. Von einer Beteiligung des Bundes am Pariser Friedenskongreß war keine Rede.

Der Krimkrieg bedeutete das Ende der „Heiligen Allianz“ zwischen Österreich, Russland und Preußen. Die Beziehungen zwischen Preußen und Russland verbesserten sich. Österreich, obwohl nicht direkt beteiligt, war ein großer Verlierer dieses Konflikts. Seine Beziehungen zu Preußen wurden angespannter, zu Rußland zerrütteten sie. Die europäische Mächtekonstellation, die seit dem Wiener Kongreß stabil schien, hatte sich zum Nachteil Österreichs

verschoben. Die Kosten der Mobilisierung der österreichischen Truppen, die an die russische Grenze entsandt wurden, führten fast zum Staatsbankrott und zwangen zu kräftigen Einsparungen bei der Armee. Frankreich stieg durch diesen Erfolg wieder zur Großmacht auf und mischte sich fortan mit großem Vertrauen auf die eigene Stärke regelmäßig in internationale Konflikte ein.

1859 provozierte Sardinien-Piemont, unterstützt von Frankreichs Kaiser Napoleon III. einen Krieg mit Österreich um sich deren oberitalienische Provinzen Lombardei und Venetien anzueignen. Der am 23. April 1859 ausgebrochene Krieg offenbart große Schwächen der österreichischen Armee; Korruption und Günstlingswirtschaft hatten unfähige Offiziere nach oben gebracht, der Kaiser war als Feldherr ungeeignet. Das Heer erlitt Niederlage um Niederlage. Die öffentliche Meinung in Deutschland forderte den Kriegseintritt des Bundes zur Unterstützung Österreichs, da man befürchtete dass der Franzosenkaiser ähnlich wie sein berühmter Onkel dem Fall Österreichs weitere Eroberungszüge folgen lassen würde, zumal dieser offen Interesse an allen Gebieten westlich des Rheins bekundet. Aber erst als nach der Schlacht bei Magenta das französisch-piemontesische Heer sich der südlichen Grenze des Deutschen Bundes näherte machte Preußen mobil und beantragte am 25. Juni auch die Mobilisierung der Bundesarmeeekorps. Unter diesen Umständen zog Kaiser Napoleon eine Beendigung des Krieges vor, Österreich schloß lieber einen Verlustfrieden als Preußen einen Prestigegewinn zu gönnen, der dessen Stellung im Deutschen Bund aufgewertet hätte. Am 11. Juli 1859 wurde der Friedensvertrag von Villafranca unterzeichnet, Österreich mußte die Lombardei an Sardinien-Piemont abtreten. Bismarck, damals Gesandter in St. Petersburg, erhoffte sich von diesem Krieg eine Schwächung Österreichs, da er in der Donaumonarchie bereits Preußens Hauptgegner sah. Österreich fühlte sich in den beiden

letzten Kriegen vom Deutschen Bund im Stich gelassen und schob dies hauptsächlich auf Preußens Einfluß. Durch den unglücklichen Krieg war Österreich angeschlagen, sein Ansehen auch in Deutschland gesunken.

Aufgrund der bei Preußens Mobilmachung zutage getretenen organisatorischen Mängel forderte Prinzregent Wilhelm (König Friedrich Wilhelm IV. war todkrank) eine umfassende Heeresreform, die eine bedeutende Hebung Preußens militärischer Stärke bewirken sollte. In Österreich dagegen blieb alles beim Alten.

Im August 1859 gründete sich in Eisenach der „Deutsche Nationalverein“ mit dem Ziel der Herstellung einer deutschen Zentralgewalt und eines Reichsparlaments unter preußischer Führung und unter Ausschluß Österreichs. Der Schwerpunkt des Vereins lag in Preußen und Norddeutschland. Im Gegenzug entstand in Süddeutschland der unbedeutendere „Reformverein“, der die großdeutsche Lösung propagierte. In den Jahren 1859/61 versuchte Preußen zumindest den Oberbefehl über die norddeutschen Kontingente der Bundesarmee zu erlangen, scheiterte jedoch wiederholt, denn Österreich ließ nicht mit sich reden. Daher verlegte sich Preußen darauf, diese Länder in direkten Absprachen – unter Umgehung des Bundesrechts – an sich zu binden. Dies hieß Lieferung von Zündnadelgewehren, Ausbildung von Offizieren in der Berliner Kriegsschule, gemeinsame Manöver usw. 1861 schloß Preußen mit Sachsen-Coburg-Gotha eine Militärkonvention ab, die die Eingliederung deren Armee ins preußische Heer bedeutete. Es folgten ähnliche Konventionen mit Sachsen-Altenburg, Waldeck und Anhalt-Dessau, außerdem anderweitige Absprachen mit allen anderen norddeutschen Staaten außer Hannover, Kurhessen, Sachsen und Nassau.

Sachsens Ministerpräsident von Beust legte am 15. Oktober 1861 ein umfassendes, auf dem Triasgedanken beruhendes Bundesreformprojekt vor, welches den größeren

Mittelstaaten einen Anteil an der Exekutive verschaffen sollte. Österreich verhielt sich diesen Anträgen gegenüber meist neutral; Preußen sprach sich entschieden gegen sie aus und bewirkte ihre Ablehnung. Umgekehrt lehnten die Mittelstaaten alle preußischen Anträge auf Reform der Bundeskriegsverfassung und Gründung einer Flotte ab. In gleichlautenden Noten an die preußische Regierung betonten sie ihre Entschlossenheit alle Reformprojekte abzulehnen, die einen Ausschluß Österreichs oder die Hegemonie eines Bundesstaates beinhalteten. Preußen reagierte empört und sah sich veranlaßt seine Beziehungen zu Italien und Frankreich zu verbessern.

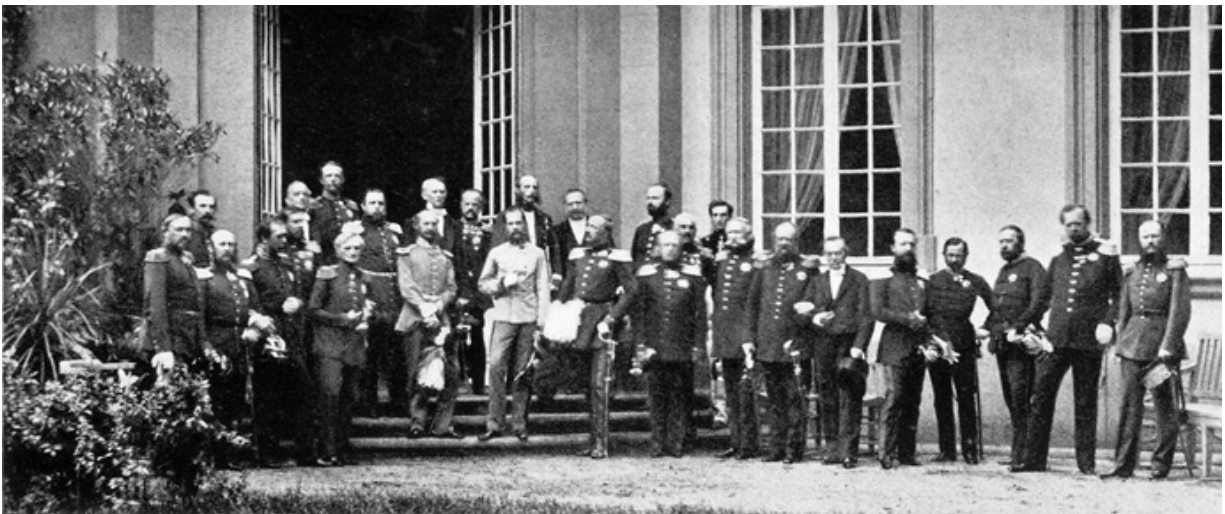
Nachdem Österreich im Februar 1862 vergeblich den Abschluß des französisch-preußischen Handelsabkommens zu verhindern versucht hatte, machte es im Juli den Vorschlag zu einer großdeutschen Zollunion unter seiner Führung, der Preußen zwangsweise beitreten hätte müssen um nicht isoliert dazustehen. Preußen reagierte darauf mit der Drohung aus dem (bestehenden) Zollverein, bei dem Österreich ja nicht Mitglied war, auszutreten. Da zogen es die Mittelstaaten vor die bestehenden Zustände zu behalten.

Preußen dagegen schlug 1862 erneut sein Unionsprogramm mit einem engeren (ohne Österreich) und weiteren Bund vor. Da es Österreich gelang genügend Staaten dagegen zu mobilisieren, gab Preußen die Idee bald wieder auf.

Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Preußens König, seit 2. Januar 1861 Wilhelm I., und dem Abgeordnetenhaus über die Finanzierung der Heeresreform kam im September 1862 Otto von Bismarck an die Spitze der Regierung, ein Ereignis mit großen Auswirkungen auf die Weltpolitik, denn er verfolgte wesentlich konsequenter als seine Amtsvorgänger das Ziel, Deutschland unter preußischer Führung zu vereinigen und scheute auch keinen Krieg um seine Vorstellungen zu verwirklichen. Dem

englischen Staatsmann Disraeli erläuterte Bismarck sein Programm: erst Heeresreform, dann Kriegserklärung an Österreich unter einem geeigneten Vorwand, Auflösung des Bundestages und Schaffung eines deutschen Nationalstaates unter preußischer Führung.

Seinen ersten außenpolitischen Erfolg errang der neue Ministerpräsident mit der Alvenslebenschen Konvention, die russischen Truppen gestattete bei der Verfolgung polnischer Aufständischer auch die preußische Grenze zu überschreiten. Diese Vereinbarung brachte Bismarck zwar viel Kritik von der deutschen Öffentlichkeit, sicherte ihm aber das Vertrauen des Zaren und festigte die preußisch-russische Freundschaft. Österreich dagegen kritisierte Rußlands gewaltsame Unterdrückung der Polen.



Zum Abschluß des Fürstentages versammelten sich die Regenten für ein Gruppenfoto. In der Mitte mit der hellen Jacke Kaiser Franz Joseph

Im Frühjahr 1863 ergriff Österreich die Initiative zur Reformierung des Deutschen Bundes in seinem Sinne. Alle deutschen Regenten und Vertreter der Freien Städte wurden zum 18. August 1863 zum Fürstentag nach Frankfurt a. M. geladen. Nur fünf sagten ab, darunter war aber König Wilhelm von Preußen, dem Bismarck von der Teilnahme abgeraten hatte. Das österreichische Reformprojekt schlug

vor, die Leitung der Bundesangelegenheiten mit erweiterter Befugnis einem Direktorium zu übertragen, welches aus dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen, dem von Bayern und zwei anderen alternierenden Fürsten bestehen sollte; ihm zur Seite sollte die Bundesversammlung der Vertreter der Regierungen stehen und in beiden Verhandlungen Österreich zur formellen Leitung der Geschäfte den Vorsitz führen; alle drei Jahre würde eine aus 300 Mitgliedern der Landtage bestehende Bundesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlußfassung über die ihr vorzulegenden Gesetzentwürfe zusammentreten und deren Beschlüsse dann einem Fürstenrat zu freier Verständigung unterbreitet werden. Auch ein Bundesgericht war vorgesehen. Die Vorschläge wurden durchberaten und in manchen Punkten verbessert, es hätte sich auch eine Mehrheit dafür unter den Teilnehmern gefunden, letztendlich scheitert das Projekt aber an der Ablehnung Preußens.



König Christian IX.

Im November 1863 brach in Schleswig-Holstein, von dem nur Holstein zum Deutschen Bund gehörte, dessen Herzog